

Sozialkonferenz Kanton Zürich

Jahresbericht

2019 / 2020

Sozialkonferenz des Kantons Zürich

1. Oktober 2019 bis 31. Dezember 2020

Inhalt

Editorial	5
Sozialpolitische Aktivitäten	6
Vernehmlassungen / Empfehlungen	6
Öffentlichkeitsarbeit	7
Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien	7
Herausforderungen in der Corona-Pandemie	7
Arbeitsgruppen	8
Kursangebot der SoKo	9
Jahrestagung 2019	10
Zusammenkunft der Sozialvorstände 2019 und 2020	11
Vorstands-Retraite zu den Tätigkeitsschwerpunkten 2021–2024	13
Organe / Finanzen	14

Editorial

Liebe Leserinnen und liebe Leser

In Zukunft werden das Rechnungsjahr und die Periode des Jahresberichts dem Kalenderjahr entsprechen. Der vorliegende Jahresbericht umfasst deshalb den Zeitraum von Oktober 2019 bis Dezember 2020. Damit halten wir das Vereinsrecht nach ZGB ein. Dieses schreibt die Genehmigung der Jahresrechnung bis Ende Juni vor.

Auch bei uns war Corona der ständige Begleiter. Anlässe mussten abgesagt oder online durchgeführt werden. Die Geschäftsstelle in Bülach wurde mit Anfragen zum Thema überrannt. Dies veranlasste uns, auf unserer Homepage eine Unterseite zu Corona einzurichten, auf der laufend alle relevanten Informationen von Bund, Kanton und der SoKo aufgeschaltet wurden. Die Klicks auf die Homepage schnellten enorm in die Höhe, und wir haben seit Juni 2019 mehr als doppelt so viele Abonnenten für unseren Newsletter.

Die Fallzahlen in der Sozialhilfe aufgrund der Corona-Pandemie sind per Ende 2020 im Kanton Zürich noch nicht gestiegen. Die Soforthilfen von Bund, Kanton und Gemeinden waren wirksam. In anderen Kantonen wurde jedoch ein merklicher Anstieg der Sozialhilfefzahlen registriert. Wann sie im Kanton Zürich ansteigen werden, ist noch unklar. Zu unsicher sind die Dynamiken und Interaktionen der Soforthilfen, der sozialen Abfederungsmassnahmen und des Arbeitsmarktes. Schul- und Lehrabgänger haben es besonders schwer, eine Anschlusslösung zu finden. Darauf müssen wir ein Augenmerk haben.

Auch darauf, dass Kindsmisshandlungen und häusliche Gewalt deutlich zugenommen haben. Die Menschen leiden zunehmend an psychischen Problemen.

Ausländische Arbeitnehmende, die ihre Arbeit verloren haben, melden sich oft nicht bei der Sozialhilfe, weil sie um ihren Aufenthaltsstatus fürchten. Häufig sind Kinder mitbetroffen; sie wachsen in Armut auf, was die Integration deutlich erschwert und die Chancen auf eine unabhängige Zukunft senkt.

Migrationsexperten rechnen damit, dass die Asylsuchenden wieder nach Europa strömen werden, sobald Europa die Pandemie «im Griff hat». Wir empfehlen den Zürcher Gemeinden, ihre 2020 nicht benötigten Kapazitäten nicht zu sehr abzubauen und «schwankungstauglich» zu bleiben.

Sozialpolitische Aktivitäten

Der Regierungsrat genehmigte im März 2020 Corona-Soforthilfen für Selbständigerwerbende. Die SoKo wurde zur Erarbeitung eines Modells eingeladen, um die befristeten Hilfen schnell und unbürokratisch auszurichten.

2020 wurde das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) für Ausgesteuerte über 60 Jahre geschaffen. Vollzugsstellen sind ab 2021 die EL/ZL-Stellen. Die SoKo konnte sich mit dem Kantonalen Sozialamt darauf einigen, dass sich der Kanton Zürich an den Vollzugskosten beteiligen wird.

Bisher erhielten die Sozialdienste bei Sozialhilfebetrug oder unrechtmässigem Bezug dank Parteistellung von der Staatsanwaltschaft zeitnah Informationen, die für den Vollzug im Sozialhilfeverfahren wichtig sind. Das Bundesgericht (BGE 1B_158/2018) aberkannte die Parteistellung, da es dafür in Zürich keine gesetzliche Grundlage gäbe. Co-Präsidentin Astrid Furrer und Vorstandsmitglied Ronald Alder reichten daraufhin erfolgreich eine Parlamentarische Initiative im Kantonsrat ein, welche die gesetzliche Grundlage schafft.

Die Umsetzung des Leistungskatalogs gesetzliche Mandate der Kinderbeistände/innen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfverordnung (KJHV) war gefährdet. Wichtige Aufgaben der Beistände/innen sollten bei Ablehnung durch den Kantonsrat eines Nachtragskredits gestrichen werden. Das Geschäft drohte zu kippen. Die SoKo wies mit einem dringenden Schreiben an die Fraktionen und zuständigen Kommissionen auf dessen Wichtigkeit hin. Zu aller Erleichterung bewilligte der Kantonsrat den Nachtragskredit.

Obwohl die Bevölkerung wegen Corona aufgerufen wurde, auf Reisen zu verzichten, wurden den Kantonen und Gemeinden im ersten Halbjahr Asylsuchende vom Bund zugewiesen. In einem Brief an den Regierungsrat, an die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und an Bundesrätin Karin Keller-Sutter äusserte die SoKo ihr Befremden. Die Zuweisungen wurden weitestgehend eingestellt; wohl nicht nur, aber auch aufgrund des Schreibens.

Die SoKo setzte sich beim Regierungsrat dafür ein, dass Gesuche sozialer Institutionen für Corona-Hilfen wohlwollend geprüft würden. Sie erwirtschaften als Non-Profitorganisationen keine Gewinne und haben es schwer, aufgelaufene Schulden wieder abzutragen.

Das revidierte EG KVG ändert die Ausrichtung der IPV an Sozialhilfebeziehende. Um den deutlich aufwändigeren Vollzug zu bewältigen, war von der Gesundheitsdirektion (GD) eine elektronische Schnittstelle zwischen Gemeinden und SVA versprochen worden. Aufgrund der Komplexität wurde die Umsetzung von den kantonalen Verantwortlichen auf un-

bestimmte Zeit verschoben. Die SoKo setzte sich mit Vehemenz für eine Lösung ein. In der Zwischenzeit wurden die Gespräche wieder aufgenommen.

Die Vernehmlassungsantworten zur Totalrevision des Sozialhilfegesetzes waren so uneinheitlich, dass der Regierungsrat auf die Totalrevision verzichtet. Die SoKo findet jedoch gewisse Elemente, die mit der Revision gekommen wären, sinnvoll und nötig. Dem Sicherheitsdirektor wurde dies schriftlich mitgeteilt.

Die Zürcher Arbeitsgemeinschaft der Ligen und Heilstätten für chronische Krankheiten (ZALK) soll unter der Leitung des GPV neu organisiert und besser in den Gemeinden verankert werden. Die SoKo wurde gebeten, im Vorstand mitzuwirken.

Ebenso ist die SoKo im Vorstand der neu gegründeten Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GeKo) vertreten.

Die Sozialkonferenz wurde auch eingeladen, unter der Leitung des KSA im Soundingboard des Projekts «Subjekt statt Objektfinanzierung» im Behindertenbereich – die Umsetzung einer Motion des Kantonsrates – mitzuwirken.

Vernehmlassungen/ Empfehlungen

Während der aktuellen Berichtsperiode hat die Sozialkonferenz zu mehreren Themen Empfehlungen und Stellungnahmen abgegeben. So waren das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG), der Mitbericht zur Vernehmlassungsantwort des Kantons Zürich zu den Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES), die Empfehlungen der Sozialkonferenz zu Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus während dem ersten Lockdown sowie die überarbeiteten Empfehlungen zur Nebenkostenregelung bei Kinder-, Jugend- und Schulheimplatzierungen Thema. Der befürchtete Leistungsabbau bei den Jugendhilfestellen (Leistungskatalog betreffend gesetzliche Mandate in der neuen Kinder- und Jugendhilfverordnung [KJHV]), konnte auch dank dem Einsatz der Sozialkonferenz im Sommer 2020 verhindert werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Sozialkonferenz legt weiterhin grossen Wert auf einen engen Kontakt und einen regelmässigen Informationsaustausch mit ihren Mitgliedern, den Gemeinden und wichtigen Entscheidungsträgern. Unter anderem verschickte die Sozialkonferenz in der Berichtsperiode insgesamt sechs elektronische Newsletter, in denen die Empfänger über die wichtigsten Themen informiert wurden. In diesem Jahr waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die weitere Umsetzung der Integrationsagenda Zürich, die Empfehlungen und Bestimmungen für einen Wechsel von Sozialhilfebeziehenden in eine günstigere Krankenkasse sowie die neue Kinder- und Jugendhilfeverordnung zentrale Themen.

Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien

Mit der Sicherheitsdirektion wurde auch in dieser Berichtsperiode die gute Zusammenarbeit weiter gepflegt. Regierungsrat Mario Fehr nimmt immer wieder aktiv an Veranstaltungen der Sozialkonferenz teil, was sehr geschätzt wird. Das Co-Präsidium traf sich im Juni mit dem Sicherheitsdirektor zum jährlichen Austauschgespräch. Themen waren unter anderem der regierungsrätliche Verzicht auf die Totalrevision des SHG und Auswirkungen der Corona-Krise auf die Sozialhilfe.

Die regelmässigen Treffen zwischen Andrea Lübberstedt, Amtschefin des Kantonalen Sozialamts (KSA), ihren Kaderpersonen und dem Co-Präsidium wurden gewinnbringend fortgesetzt. Die Amtschefin engagiert sich regelmässig an Tagungen der Sozialkonferenz. Nadine Zimmermann, Leiterin Öffentliche Sozialhilfe KSA, engagiert sich aktiv im Vorstand, im Kurswesen und in diversen Arbeitsgruppen.

Während des Lockdowns im März trafen sich Finanzdirektor Ernst Stocker; Hansruedi Bachmann, Generalsekretär der Finanzdirektion; Nadine Zimmermann, Leiterin Öffentliche Sozialhilfe KSA; Jörg Kündig, Präsident, und Mark Eberli, 1. Vizepräsident vom Verband der Gemeindepräsidenten; Daniel Knöpfli, Co-Präsident der SoKo, Mirjam Schlup, Direktorin der Sozialen Dienste der Stadt Zürich, und Dieter Wirth, Leiter der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur. In kürzester Zeit erarbeiteten sie zusammen Grundlagen für die Unterstützung von Selbständigerwerbenden.

Mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) wurde der Austausch weiter gepflegt. Besonders zu erwähnen sind die wertvollen Kontakte mit Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt, und Dr. Yvonne Wechsler, Leiterin der iiz-Geschäftsstelle.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Vorsteherin der Direktion des Innern und der Justiz, nahm auch im September wiederum beim jährlichen, durch die SoKo organisierten, KESB-Trägerschaftstreffen aktiv teil.

Auch mit Nina Gilgen, Leiterin der kantonalen Fachstelle Integration, wurden die guten Kontakte – z. B. im KIP-Begleitemium – fortgesetzt. An der Vorstandssitzung im Juni stellte sie den aktuellen Stand der Arbeiten an der Integrationsagenda Kanton Zürich vor. Rolf Bieri von der Aufsichtsbehörde der KESB ist aktiv im Vorstand der SoKo tätig und engagiert sich an den jährlichen KESB-Trägerschaftstreffen.

André Woodtli, Amtschef des Amts für Jugend und Berufsberatung (AJB), war zusammen mit Mirjam Bugmann, Projektleiterin Umsetzung KJG, im Dezember im Vorstand zu Gast. Die beiden präsentierten die Inhalte des Entwurfs der Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV). Matthias Huber, Leiter Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe, ist als Vertreter des AJB im SoKo-Vorstand tätig.

Das Departement Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) wird durch dessen Direktor Prof. Dr. Frank Wittmann im SoKo-Vorstand vertreten. Zudem engagiert sich Uwe Koch, Dozent an der ZHAW, im SoKo-Kurswesen.

Die über die letzten Jahre aufgebauten Kontakte sind für die SoKo sehr wertvoll. Dies war ganz besonders im Corona-Jahr 2020 enorm hilfreich.

Herausforderungen in der Corona-Pandemie

Die Rahmenbedingungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Gesundheitsversorgung haben sich innert kurzer Zeit einschneidend verändert. Die Auswirkungen und Massnahmen rund um die Pandemie prägen inzwischen unseren Alltag. Gerade in dieser Zeit sind ein soziales Netz und die Integration in der Gesellschaft wichtige Faktoren. Die SoKo hat sich seit Beginn der Krise mit den neuen Herausforderungen auseinandergesetzt und versucht, die Mitglieder laufend mit aktuellen Informationen zu versorgen. Sie setzte sich beispielsweise dafür ein, dass die Corona-Soforthilfe realisiert wurde und Gelder aus der ZKB-Jubiläums-Dividende dafür eingesetzt wurden. Auf der Webseite wurde umgehend eine «Corona-Unterseite» eingerichtet, auf der den Sozialbehörden und Sozialdiensten regelmässig die aktuellsten Entscheide, Weisungen, Merkblätter, usw. zur Verfügung gestellt werden. Die Webseite der SoKo wurde von kantonalen Ämtern und Hochschulen gelobt und erwähnt. Zahlreiche Klicks auf die Webseite bestätigten den hohen Nutzen dieses Angebotes.

Arbeitsgruppen

Fachgruppe SoKo-iiz

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), die Berufsinformationszentren (biz), das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich (LBZ), die IV-Stellen (SVA), die Sozialdienste der Gemeinden und das kantonale Sozialamt (KSA) arbeiten erfolgreich im iiz-Netzwerk zusammen. Die SoKo ist gleichberechtigte Partnerin in der kantonalen Fachgruppe. Die unkomplizierte und intensive Zusammenarbeit ermöglicht stellensuchenden Personen in komplexen Lebenssituationen sich rasch wieder im Arbeitsmarkt zu integrieren.

Fachgruppe EG AVIG und temporäre AG Meldeverfahren

Die gute Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) wurde in der Berichtsperiode fortgesetzt. An drei Sitzungen der temporären Arbeitsgruppe Meldeverfahren wurden Themen und Problemstellungen rund um die Meldepflicht von Vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen diskutiert sowie Lösungen gesucht. Neben den Vertreterinnen und Vertretern der SoKo waren Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt AWA; Beat Werder, Leiter Arbeitsbedingungen AWA; jeweils in Begleitung diverser Fachpersonen aus ihren Geschäftsbereichen; Nadine Zimmermann, Leiterin Öffentliche Sozialhilfe des kantonalen Sozialamts (KSA) und Nina Gilgen, Leiterin Fachstelle Integration (FI) des Kantons Zürich – ebenfalls in Begleitung von Fachpersonen ihrer Bereiche – anwesend.

Die Fachgruppe EG AVIG wird von Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt AWA, geleitet. Die Mitglieder bestehen aus mehreren Vertreterinnen und Vertretern von AWA, KSA und SoKo. Neu wird die SoKo-Delegation durch Anna Beck, Leiterin Arbeitsintegration Winterthur, ergänzt. Die Gruppe befasste sich während der Berichtsperiode mit drei Akkreditierungsanträgen. Zwei Programme wurden neu ins Angebot der EG AVIG-Programme aufgenommen, eines wurde abgelehnt. Weiter informierte sich die AG über die Entwicklung der Teilnehmendenzahlen und des EG AVIG-Kredits.

Besonders zu erwähnen ist die unkomplizierte Zusammenarbeit während des ersten Lockdowns zwischen Edgar Spieler und dem Co-Präsidium. Im zweiten Semester 2020 fanden wenige Kontakte aufgrund der Corona-Krise statt. Geplant ist, die Zusammenarbeit im 2021 wieder zu intensivieren.

KIP-Begleitgremium

Das KIP-Begleitgremium unter der Leitung der Fachstelle Integration Kanton Zürich (FI) setzt sich aus Fachpersonen aus dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB), dem Volksschulamt (VSA),

dem Sozialamt (KSA) der Städte Winterthur und Zürich sowie dem Verband der Gemeindepräsidien (GPV) sowie der SoKo zusammen. Es ist ein Konsultativgremium ohne Entscheidungskompetenz und erarbeitet fachliche Entscheidungsgrundlagen.

Die SoKo nahm während der Berichtsperiode unter anderem kritisch Stellung zu den Vereinbarungen zwischen Kanton und Gemeinden bezüglich Integrationspauschale und lieferte Inputs betreffend Fallführungsapplikationen sowie dem Abrechnungsverfahren – auch im Zusammenhang mit dem Kostenersatz bei anerkannten Flüchtlingen.

KESB – Gemeinden

Das durch die SoKo jährlich organisierte Treffen wurde im September 2020 zum dritten Mal unter der Leitung von Co-Präsident Daniel Knöpfli durchgeführt. Die zuständige Regierungsrätin Jacqueline Fehr nahm sich auch im Berichtsjahr wieder Zeit, um zusammen mit den KESB-Trägerschafts-Vertreterinnen und -Vertretern aktuelle Themen zu diskutieren. Die Justizdirektion stellte der SoKo einmal mehr die Räumlichkeiten (diesmal aufgrund der Corona-Massnahmen ausserhalb der Kantonsverwaltung) für dieses Treffen zur Verfügung. Nach einer kurzen Einführung durch die Regierungsrätin folgte ein Referat von Urs Vogel, lic.iur./dipl. Sozialarbeiter, über den Stand der Dinge der neuen Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) zur Organisation von Berufsbeistandschaften. Der Entwurf dieser Empfehlungen wurde in Kooperation mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), dem Schweizerischen Verband der Berufsbeistandspersonen (SVBB) und dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) erarbeitet. Nach einer Vorkonsultation bei den Kantonen hat die KOKES im Sommer den Entwurf zur Vernehmlassung bei den Kantonen verabschiedet. Die KESB-Trägerschaften und die SoKo sprachen sich dafür aus, in die Vernehmlassung einbezogen zu werden. Dies, weil im Kanton Zürich sowohl die KESB als auch die Erwachsenenbeistandschafts-Organisationen (in der Stadt Zürich auch die Kinderbeistandschafts-Organisationen) durch die Gemeinden/Sozialabteilungen sichergestellt werden.

Weitere Themen waren aktuelle Informationen aus der KESB-Präsidien-Vereinigung (KPV), der KESB-Aufsichtsbehörde und Infos zur Evaluation des EG KESR. Zudem gab es auch genügend Raum für den Austausch und für Anliegen aus dem Kreis der KESB-Trägerschaften. Die KPV bedankte sich für den grossen Einsatz der SoKo und der KESB-Trägerschaften rund um die neue Kinder- und Jugendhilfeverordnung (KJHV). Auch dank diesem Einsatz konnte der Leistungskatalog bei den Kinderbeiständen beibehalten werden.

Arbeitsgruppe Wohnen

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich für Mieterinnen und Mieter in der Sozialhilfe nicht entspannt. Der Austausch zwischen Vermietern, Wohnungsbewirtschaftern und den Sozialdiensten wäre der Schlüssel, um Netzwerke vor Ort auszubauen und Vertrauen zu schaffen. Die Sozialkonferenz Bezirk Dielsdorf hätte zu einem Austausch eingeladen. Aus den Erfahrungen sollte abgeleitet werden, ob solche Anlässe auch für andere Bezirke zu empfehlen sind. Corona liess dies jedoch noch nicht zu.

Stiftung Chance

Im Rahmen der Umsetzung der Zürcher Integrationsagenda (IAZH) werden akkreditierte Angebote bereitgestellt. Die Stiftung Chance ist dabei die kompetente Partnerin der Gemeinden bei der beruflichen Integration von Geflüchteten. Sie ist spezialisiert auf die Förderbereiche Abklärung und Arbeitsintegration. Im Auftrag der Gemeinden werden Kurzassessments mit Klientinnen und Klienten durchgeführt.

Die Bemühungen zur beruflichen Integration waren auch im Pandemiejahr 2020 erfolgreich. Stellvertretend für viele weitere steht die Geschichte von Hr. St., dessen Kindheit und Jugend von Auseinandersetzungen mit Eltern und Lehrpersonen, Schulwechseln und Aufenthalten in psychiatrischen Kliniken und spezialisierten Institutionen geprägt war. Den schulischen Teil der Handelsmittelschule schloss er zwar erfolgreich ab, musste das Praktikum aber abbrechen, was zu Depression und Klinikaufenthalt führte. Intensives Coaching, Koordination, sowie ein Praktikum in der Administration der Stiftung Chance führten zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung im Alter von 27 Jahren. Kurz darauf hat Hr. St. eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt angetreten.

Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKo) – Auflösung Arbeitsgruppe Pflege-Alter-Betreuung

Die Arbeitsgruppe Pflege-Alter-Betreuung wurde von der SoKo ins Leben gerufen, weil bis vor kurzem eine kantonale Gesundheitskonferenz (GeKo Kt. ZH) fehlte. Bei der Erarbeitung der Tätigkeitsschwerpunkte 2017–20 der SoKo – vor mehr als vier Jahren – wurde festgestellt, dass eine kantonsweite Vernetzung vor allem in den Themen Versorgungsplanung in der Langzeitpflege bzw. der Pflegefinanzierung fehlt. Während der Berichtsperiode 2019–20 wurde die Gesundheitskonferenz Kanton Zürich gegründet. Erster Präsident ist Kantonsrat Mark Wisskirchen, der auch als Gesundheitsvorstand im Stadtrat Kloten tätig ist und über Jahre schon die Gesundheitskonferenz im Bezirk Bülach präsidierte. Die SoKo ist mit Co-Präsidentin Astrid Furrer im Vorstand der kantonalen GeKo prominent vertreten. Die GeKo darf jederzeit auch eine Beisitzerin oder einen Beisitzer in den Vorstand der SoKo

delegieren. Bis jetzt hat sie aber darauf verzichtet. Auch weitere SoKo-Vorstandsmitglieder sind aufgrund ihrer Funktionen in den Gemeinden/Städten im Vorstand der kantonalen GeKo tätig. Aufgrund der Gründung der GeKo hat der SoKo-Vorstand die AG Pflege-Alter-Betreuung aufgelöst. Die SoKo gratuliert der kantonalen GeKo zu ihrem erfolgreichen Start.

Kursangebot der SoKo

Das Kursprogramm der SoKo wurde im vergangenen Jahr erneut aktualisiert. Erfolgreiche Module wie «Rückerstattung, Verwandtenunterstützung und Unterhaltspflicht» oder der «Grundkurs öffentliche Sozialhilfe» waren wie in den Vorjahren sehr gefragt. Die Corona-Krise führte leider zur Absage einiger Kurse und so konnten die Zielsetzungen hinsichtlich der Kursauslastung nicht erreicht werden.

Gesamthaft wurden im vergangenen Jahr 6 Kurse mit 93 Teilnehmenden durchgeführt. Die beiden Kurse «Öffentliche Sozialhilfe» mussten aufgrund des Lockdowns abgesagt werden. Dies war sowohl für die Kursleitungen als auch für die bereits angemeldeten Personen sehr bedauerlich. Die Pandemie und die allgemeinen Entwicklungen im Bildungsbereich gaben den Anstoss, sich über die strategische Ausrichtung der SoKo-Kursangebote Gedanken zu machen.

Eine erste Analyse zeigte, dass vor allem fachspezifische und aktuelle Themen wie beispielsweise das Infofenster zum Ausländer- und Integrationsgesetz eine sehr positive Resonanz finden. Hier bewährt sich die gute Vernetzung der SoKo mit Fachpersonen und die flexible Reaktion auf die Nachfrage von Sozialdiensten und politischen Behörden.

Das Kursprogramm der SoKo wird künftig den Fokus verstärkt auf aktuelle Themen im Sozialbereich und auf spezifische Fachthemen legen. Dabei setzt die Arbeitsgruppe Weiterbildung weiterhin auf erfahrene Referentinnen und Referenten mit Praxisbezug sowie auf einen kompakten Aufbau der Kursmodule, die auch in digitaler Form durchgeführt werden können.

Jahrestagung 2019

Die Jahrestagung 2019 der Sozialkonferenz Kanton Zürich konnte am 28. November 2019 in Winterthur durchgeführt werden. Durch den Nachmittag führte Co-Präsidentin Astrid Furrer. Als Einstieg nach dem Mittag begrüusste Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Mario Fehr die 190 Anwesenden. Mit Informationen zur laufenden Revision des Sozialhilfegesetzes und über die Entwicklungen im Asylwesen erfüllte er die Erwartungen der Zuhörerinnen und Zuhörer, direkt, offen und mit einer Prise Humor über die kantonalen Aktualitäten, Bestrebungen und Trends orientiert zu werden.

Danach informierten sich die Mitglieder über die bevorstehende Umsetzung des revidierten Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (kurz EL-Reform). Die Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen sind in den letzten 20 Jahren schweizweit regelrecht explodiert. Von 2,3 Milliarden Franken im Jahr 2000 sind sie bis ins Jahr 2018 auf 5 Milliarden Franken angestiegen.

Pfeiler der Revision sind: Das Leistungsniveau erhalten und dennoch etwas weniger ausgeben, indem die Eigenmittel stärker berücksichtigt und Schwelleneffekte verringert werden. Colette Nova, Vizedirektorin des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), zeigte die bevorstehenden gesetzlichen Veränderungen durch die EL-Reform aus Sicht des Bundes auf. Der langjährige Direktor des Amtes für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) der Stadt Zürich, Ernst Reimann, ging in seinem Referat auf die praktischen Folgen der Reform für die Gemeinden und Städte im Kanton Zürich ein. Die Reform wird in der Übergangszeit bei den Durchführungsstellen deutlichen Mehraufwand mit sich bringen. Demgegenüber sollten bei Kanton, Städten und Gemeinden ab 2030 die Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen pro Fall etwas sinken. Umstritten ist, ob die Gesetzesrevision zulasten der Anspruchsberechtigten eine Sparvorlage darstellt oder inwieweit die Revision einen Nutzen für eine gerechtere Ausrichtung der Ergänzungsleistungen bringen wird. Erst die Umsetzung ab 2024 wird dies zeigen.



Zusammenkunft der Sozialvorstände 2019 und 2020

Die Zusammenkunft der Sozialvorstände 2019 in der Alten Kaserne Winterthur war ein voller Erfolg! Einmal mehr konnte Co-Präsident Daniel Knöpfli prominente Gäste zum Tagungsthema «Sozialhilfe gemeinsam weiterentwickeln» begrüßen. So war unter anderem der damals noch neue Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und Nationalrat Christoph Eymann aus Basel angereist, wo er früher auch als Regierungsrat tätig war. Mit dabei waren auch Markus Kaufmann, Geschäftsführer der SKOS, und Claudia Hänzi, Präsidentin der Kommission Richtlinien und Praxis (RIP) der SKOS, welche damals Chefin des Amts für Soziale Sicherheit des Kantons Solothurn war. Der Kanton Zürich wurde durch Andrea Lübberstedt, Amtschefin des Kantonalen Sozialamts (KSA), vertreten.

Amtschefin Andrea Lübberstedt berichtete über den aktuellen Stand der Dinge der damals laufenden Vernehmlassung zur Totalrevision des kantonalen Sozialhilfegesetzes SHG und über den Weiterentwicklungsbedarf in der Zürcher Sozialhilfe. Weiter zeigte sie auf, wie sich die SKOS-Richtlinien – auch aus Zürcher Optik – in den letzten Jahren entwickelten und wie sich der Kanton Zürich und die Zürcher Gemeinden in der SKOS engagiert haben.

Im zweiten Referat berichtete die RIP-Präsidentin über die beiden materiellen Revisionen der letzten Jahre sowie die damals aktuelle technische Revision. In der ersten Revisions-etappe 2014/2015 wurden der Grundbedarf für grössere Familien reduziert, die Sanktionsmöglichkeiten erweitert und es gab Präzisierungen bei der Integrationszulage (IZU). Die zweite Revisions-etappe 2015/2016 führte zur Neukonzeptionierung der situationsbedingten Leistungen (SIL), zu Hinweisen zur Verminderung von Schwelleneffekten und zur Neugestaltung der Arbeitsintegration von unterstützten Personen nach der Geburt von Kindern. Alle diese Neuerungen sind seit dem 1. Januar 2017 in Kraft. Die dritte, damals noch laufende Etappe, führte zu einer redaktionellen Überarbeitung (z. B. zeitgemässe Sprache, kürzere und knappere Formulierungen), einer neuen Struktur (Aufteilung in Richtlinien, Erläuterungen und Praxishilfen sowie einer Systematik, die näher an der Sozialversicherungsgesetzgebung ist) und auch Aussagen zu Ethik sowie Handlungsfragen.

SKOS-Präsident Christoph Eymann berichtete über die generelle Rolle der SKOS, welche diese oft zusammen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) gegenüber dem Bund einnimmt. So vertreten SKOS und SODK immer wieder wichtige Anliegen der Gemeinden, Städte und Kantone gegenüber dem Bund. Als

gute Beispiele nannte er die Integrationsagenda, die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (welche die Sozialhilfe entlasten), die Weiterbildungs-Offensive oder auch die Charta Sozialhilfe. Der SKOS-Präsident betonte, dass ihm die Zusammenarbeit mit der SoKo und den Zürcher Gemeinden ein wichtiges Anliegen sei.

Nach den Referaten schickte der Co-Präsident Daniel Knöpfli die aktiven und sehr interessierten Sozialvorstände und Bezirksräte in die Gruppen. Dort wurden unter Anleitung des Moderators Roman Dellsperger mit punktueller Begleitung von Experten folgende Themen diskutiert:

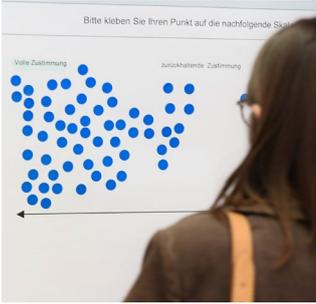
Welche Rolle spielen die SKOS-Richtlinien (RL) in meinen Behördenalltag?

Wie unterstützen mich die SKOS-RL bei meiner Behördenarbeit?

Wo sehe ich Entwicklungsbedarf für die nächste Revisions-Etappe?

Welche Hinweise möchte ich der SoKo für die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 mitgeben?





Im Plenum folgte dann eine Diskussion, eine Aufstellung und Skalierung bezüglich Zustimmung – Skepsis – Ablehnung der SKOS-RL. Erfreulich waren die hohe Zustimmung und auch die spontanen, sehr positiven Statements von Sozialvorständen und Bezirksräten. Es wurde festgehalten, dass die SKOS in den letzten Jahren – auch dank teilweise sehr kritischen Stimmen aus dem Kanton Zürich – ihre Hausaufgaben gemacht hat. Zudem wurden dem SoKo-Vorstand wertvolle Inputs für die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 mitgegeben.

Beim anschliessend durch Roman Dellsperger moderierten Panelgespräch, an dem alle Referentinnen und Referenten sowie die Sozialvorstände Sylvia Veraguth aus Gossau, Samuel Wüest aus Illnau-Effretikon, Nicolas Galladé aus Winterthur und der Co-Präsident Daniel Knöpfli teilnahmen, wurden die am Morgen formulierten Statements und Diskussionsthemen nochmals aufgegriffen. Spannend war dabei auch, wie die Umsetzung in unterschiedlich grossen Gemeinden aussieht. Am Schluss der Zusammenkunft zog Co-Präsident Daniel Knöpfli ein durchgehend positives Fazit, dankte allen für die sehr aktive Beteiligung und freute sich über die wertvollen Inputs für die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 der SoKo.

Die Zusammenkunft der Sozialvorstände 2020 musste bedauerlicherweise aufgrund der Corona-Situation im November abgesagt werden. Nachdem der Anlass – zwecks Berücksichtigung der vorgegebenen Sicherheitsabstände (Schutzkonzept) – zuerst in der Stadthalle Bülach, statt in der Alten Kaserne Winterthur neu geplant wurde, konnte eine Absage schlussendlich nicht mehr abgewendet werden. Somit kam es an diesem Termin nur zu einer elektronisch durchgeführten Mitgliederversammlung.

Vorstands-Retraite zu den Tätigkeitsschwerpunkten 2021–2024

Am 23. September 2020 traf sich der Vorstand in der Stadthalle Bülach zum Thema Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024. Geplant war die Retraite ursprünglich im Muraltengut in Zürich inklusive dem jährlichen Nachtessen des Vorstandes. Aufgrund des Corona-Schutzkonzeptes musste ein grosser Raum gefunden werden und auf das Nachtessen wurde verzichtet.

Die neuen Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 (quasi das neue Legislaturprogramm der SoKo) wurden in einem partizipativen Prozess erarbeitet. Bereits im Oktober 2019 gab der Leitende Ausschuss den Startschuss für diesen er-

freulichen und erfolgreichen Prozess. An der Zusammenkunft der Sozialvorstände und Bezirksräte am 28. November 2019 wurden wertvolle Grundlagen diskutiert und Akzente für die weitere Entwicklung der Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 gesetzt. Eine extra dafür eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete dann im Zeitraum vom Dezember 2019 bis im März 2020, zusammen mit einer externen Prozessbegleitung, Grundlagenentwürfe zuhanden des Leitenden Ausschusses (LA). Diese wurden im LA intensiv diskutiert und danach den Vorstandsmitgliedern und Bezirkssozialkonferenzen zur schriftlichen Vernehmlassung zur Verfügung gestellt. Bis Ende Mai 2020 gingen etliche Inputs aus den Bezirkssozialkonferenzen und aus dem Kreis des Vorstandes ein. Die Rückmeldungen wurden im Juni 2020 im Grundlagenentwurf integriert. Aufgrund des Regierungsratsentscheids, auf die Totalrevision des SHG zu verzichten, wurden nochmals grundsätzliche Anpassungen nötig. Zudem wurde bis Ende Juli 2020 auch noch ein Abschnitt bezüglich Corona-Krise integriert. Am 26. August 2020 verabschiedete der LA die neuen Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 zuhanden des Vorstandes.

Die Ziele der Retraite, die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 zu erfassen, argumentativ besprochen zu haben und letzte offene Punkte integriert und bereinigt zu haben, konnten am 23. September 2020 allesamt erreicht werden. Der Vorstand diskutierte in Gruppen, jeweils auf der Grundlage des Selbstverständnisses, nochmals die vier Themenschwerpunkte:

Gemeinsame Weiterentwicklung der Sozialhilfe

Wirkungsvolle Integration durch Bildung

Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen

Innerkantonale Zusammenarbeit

Im Anschluss stellten sich die Gruppen ihre Erkenntnisse gegenseitig vor und glichen Änderungsvorschläge und Präzisierungen gemeinsam ab. Durch die Retraite führte der Co-Präsident Daniel Knöpfli zusammen mit der Vizepräsidentin Sylvia Veraguth und dem externen Moderator Roman Dellsperger.

Nach dem Tätigkeitsschwerpunkte-Workshop folgte gleichentags die reguläre Vorstandssitzung. An dieser wurden die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 einstimmig verabschiedet. Die SoKo-Mitglieder wiederum, vollzogen ihren Abschied im Rahmen der elektronischen Mitgliederversammlung im November 2020.

Organe / Finanzen

Mitgliederversammlung 2019

Am 28. November 2019 nahmen 57 stimmberechtigte Mitglieder an der Mitgliederversammlung teil. Neben den statutarischen Geschäften wie der Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung wurde in einer Ersatzwahl für Theres Schläpfer Sandra Reinli, Gemeindepräsidentin und Sozialvorsteherin in der Gemeinde Altikon, als Vertreterin des Bezirkes Winterthur Land für den Rest der Amtsdauer bis 2022 in den Vorstand gewählt. Zudem wurde mit Pascal Scattolin ergänzend erstmals ein Vertreter der Regionalen Sozialdienste als Vorstandsmitglied gewählt. Astrid Furrer und Daniel Knöpfli wurden mit grossem Applaus für das Co-Präsidium für die neue Amtsdauer von vier Jahren wiedergewählt. Und schliesslich wurde Quästor Remo Moser, der per Ende Januar 2020 als Gemeinderat von Kilchberg zurücktrat, womit er auch aus dem Leitenden Ausschuss und dem Vorstand der SoKo ausschied, gebührend verabschiedet. Sein grosser und wertvoller Einsatz rund um die Finanzen und die Weiterbildung der SoKo in den letzten Jahren wurde herzlich verdankt.

Mitgliederversammlung 2020

Aufgrund der Corona-Situation und der zur Eindämmung der Pandemie von Bund und Kanton beschlossenen Massnahmen wurde die Mitgliederversammlung, die erstmals anlässlich der Sommertagung vom 25. Juni 2020 hätte durchgeführt werden sollen, auf den Termin der Jahrestagung vom 26. November 2020 verschoben. Schliesslich musste aber auch im November auf die physische Durchführung verzichtet werden. Da formal verschiedene Beschlüsse der Mitgliederversammlung notwendig waren, hat der Leitende Ausschuss – gestützt auf die COVID-19-Verordnung 3 – die Durchführung in elektronischer Form beschlossen.

An der elektronischen Abstimmung über die traktantierten Geschäfte haben 53 Mitglieder teilgenommen. Alle Geschäfte wurden ohne Gegenstimme genehmigt. Sehr erfreulich war, dass die Tätigkeitsschwerpunkte 2021–2024 einstimmig genehmigt wurden. Neben der Genehmigung der Jahresrechnung 2019 waren zwei Ersatzwahlen nötig. Für den zurückgetretenen Vertreter aus dem Bezirk Horgen, Remo Moser, wurde Reto Wildeisen, Sozialvorstand in der Gemeinde Oberrieden, in den Vorstand gewählt. Als Ersatz des langjährigen Revisors Roger Hermann wurde per 2020 Patric Eisele, Gemeindepräsident und Sozialvorstand der Gemeinde Dorf, gewählt. Weil auch die zweite Revisorin, Nina Friederich, ihren Rücktritt angekündigt hat, wurde per 2021 mit Remo Moser bereits ihre Nachfolge gewählt.

Finanzen

Die Jahresrechnung 2019 schloss bei einem Aufwand von CHF 285'263.30 und einem Ertrag von CHF 256'065.80 mit einem Verlust von CHF 29'197.50. Der hohe Verlust war auf die Mehraufwände durch den Wechsel des Sekretariates sowie auf erhebliche Mindereinnahmen aus dem Kurswesen zurückzuführen. Dank vorhandenen Reserven und durch die Auflösung von Rückstellungen von CHF 10'000.00 war das Resultat verkraftbar.

Die Jahresrechnung 2020 schloss bei einem Aufwand von CHF 202'696.33 und einem Ertrag von CHF 211'010.17 mit einem Gewinn von CHF 8'313.84. Trotz Einbruch der Erträge im Kurswesen, was auch tiefere Referentenentschädigungen zur Folge hatte, und trotz diversen Mehraufwänden in der Vereinstätigkeit sowie in der Administration wegen der Corona-Pandemie weist die Jahresrechnung 2020 ein positives Ergebnis aus.

Vorstandssitzungen

Der Vorstand tagte in der Berichtsperiode fünf Mal, der Leitende Ausschuss sieben Mal. Neben den üblichen Informationstraktanden stand die Erarbeitung der Tätigkeitsschwerpunkte im Vordergrund.

Weil Dieter Wirth per Ende September 2020 seine Stelle als Leiter Soziale Dienste der Stadt Winterthur gekündigt hat, ist er auch aus dem Vorstand und dem Leitenden Ausschuss ausgeschieden. Per 2021 übernimmt vorübergehend Doris Egloff die Vertretung als Fachperson aus der Stadt Winterthur im Vorstand und im Leitenden Ausschuss.

Vorstand

Astrid Furrer	Co-Präsidentin *
Daniel Knöpfli	Co-Präsident *
Sylvia Veraguth	Vizepräsidentin, Vertreterin Bezirk Hinwil *
Remo Moser	Quästor, Vertreter Bezirk Horgen (bis 30. Januar 2020) *
Susanne Friedrich	Quästorin (ab 1. Februar 2020), Vertreterin Bezirk Andelfingen *
Ronald Alder	Vertreter Bezirk Affoltern
Manfred Dachs	Fachperson Bezirk Zürich
Esther Elmer	Vertreterin Bezirk Pfäffikon
Max Elmiger	Vertreter Private Institutionen
Beat Fahrni	Vertreter Bezirk Dielsdorf
Nicolas Galladé	Vertreter Stadt Winterthur
Raphael Golta	Vertreter Stadt Zürich *
Urs Gröbli	Fachperson Bezirk Pfäffikon *
Martina Hubacher	Vertreterin Bezirk Uster
Emy Lalli	Vertreterin Stadt Zürich
Armin Manser	Fachperson Bezirk Uster *
Rudolf Menzi	Vertreter Bezirk Bülach
Markus Morger	Fachperson Bezirk Horgen
Philipp Müller	Vertreter Bezirk Dietikon *
Thomas Pally	Vertreter Bezirk Meilen
Sandra Reinli	Vertreterin Bezirk Winterthur (ab 1. Dezember 2019)
Pascal Scattolin	Vertreter Regionale Sozialdienste (ab 1. Dezember 2019)
Theres Schläpfer	Vertreterin Bezirk Winterthur (bis 30. November 2019)
Reto Wildeisen	Vertreter Bezirk Horgen (ab 1. Februar 2020)
Dieter Wirth	Fachperson Stadt Winterthur (bis 30. September 2020) *

(* Mitglieder des Leitenden Ausschusses)

Beisitzer im Vorstand

Rolf Bieri	Gemeindeamt (GAZ)
Mark Eberli	Verband der Gemeindepräsidien (GPV)
Doris Egloff	AG Weiterbildung
Matthias Huber	Amt Jugend und Berufsberatung (AJB)
Esther Studer	KESB-Präsidien-Vereinigung (KPV)
Frank Wittmann	ZHAW, Soziale Arbeit
Nadine Zimmermann	Sozialamt Kanton Zürich (KSA)

Revisoren

Patric Eisele	Bezirk Andelfingen (ab 2020)
Nina Friederich	Bezirk Dielsdorf (bis 2020)
Roger Hermann	Bezirk Uster (bis 2019)
Remo Moser	Bezirk Horgen (ab 2021)

Geschäftsstelle

Daniel Knöpfli (Leitung) und Yvonne Henzmann (Administration), Stadt Bülach

Sekretariat

David Ammann (Leitung) und Tom Wettstein (Administration), Federas Beratung AG, Zürich

Impressum

Herausgeberin
Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktionskommission
Vorstand der Sozialkonferenz des
Kantons Zürich

Redaktion
Sekretariat Sozialkonferenz Kanton Zürich

Gestaltung
green-design für Corporate Design und
Kommunikation, Zürich

Druck
DAZ – Druckerei Albisrieden AG, Zürich

Redaktionsadresse
Sozialkonferenz des Kantons Zürich
Sekretariat
Mainaustrasse 30
8034 Zürich
Tel.: +41 44 388 71 93
sekretariat@zh-sozialkonferenz.ch
www.zh-sozialkonferenz.ch

